

Gebührengesetz 1957 (GebG)

StF BGBl 1957/267, idF BGBl I 2022/108

I. Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Den Gebühren im Sinne dieses Bundesgesetzes unterliegen Schriften und Amtshandlungen nach Maßgabe der Bestimmungen im II. Abschnitte sowie Rechtsgeschäfte nach Maßgabe der Bestimmungen im III. Abschnitte.

Literatur

Sämann, Was kostet die Verwaltung der Stempel- und Rechtsgebühren, ÖStZ 1961, 92; *Czurda*, Die Gebührennovelle 1962, ÖStZ 1962, 138; *Fellner*, Die Gebührennovelle 1962, NZ 1962, 98; *Fellner*, Zur Gebühren-Novelle 1963, NZ 1963, 99; *Fellner*, Zur Gebührengesetz-Novelle 1963, ÖStZ 1963, 169; *Förster*, Gebühren- und verkehrssteuerrechtliche Bestimmungen des Abgabenänderungsgesetzes 1968, ÖStZ 1968, 58; *Arnold*, Kritisches zum Gebührengesetz 1974 idF des Ministerialentwurfes, ÖStZ 1974, 110; *Arnold*, Die Regierungsvorlage zum Gebührengesetz 1975, ÖStZ 1974, 266; *Huemer*, Zum Entwurf des Gebührengesetzes 1974, FJGVR 1974, 13; *Huemer*, Zur Regierungsvorlage zum Gebührengesetz 1975, FJGVR 1974, 41; *Popp*, Gebührengesetz 1974, ÖStZ 1974, 62; *Roessler*, Der Entwurf des Gebührengesetzes 1975, ÖStZ 1975, 74; *Burkert*, Kritische Betrachtungen zur Gebührengesetznovelle, SWK 1976, A VI 49; *Arnold*, Die Gebührengesetznovelle 1977, ÖStZ 1977, 22; *Fuchs*, Die Novelle zum Gebührengesetz, FJGVR 1977, 1; *Gaier*, Auswüchse des Gebührenrechtes, FJGVR 1979, 1; *Frotz*, Grundsatzüberlegungen der Gebührenerhebung, FJGVR 1980, 17; *Roessler*, Der Zusammenhang von Zivil- und Gebührenrecht – Dargestellt an aktuellen Fragen des Gebührenrechtes, ÖStZ 1980, 82; *Arnold*, Gebührenrechtliche Überlegungen zum Abgabenänderungsgesetz 1980, ÖStZ 1981, 22; *Arnold*, Die Auswirkungen der GebNov 1981 auf die Rechtsgeschäftsgebühren, ÖStZ 1981, 162; *Glega*, Die Gebührengesetz-Novelle 1981, FJGVR 1981, 5; *Ott*, Änderungen des Gebührengesetzes, die auf Bestimmungen der Bundesabgabenordnung zurückgehen, ZGV 1981, 15; *Arnold*, Die gebühren- und verkehrssteuerrechtlichen Bestimmungen im AbgÄG 1985, ZGV 1985, 23; *Gassner*, Der Stand der Umgehungslehre des Steuerrechts, WBl 1987, 5; *Ritz*, Entscheidungspflicht und Devolutionsantrag (§ 311 BAO), ÖStZ 1988, 242; *Schimitschek*, Treu und Glauben im Steuerrecht, FJ 1989, 156; *Lang*, Die Rückwirkung von Abgabengesetzen, RdW 1989, 401; *Popp*, Ist das Gebührengesetz reformierbar? Gedanken zur Diskussion um das Gebührengesetz, FS Frotz, 833; *Raschauer*, Abgabenbegriff und Rechtsformenmissbrauch in FS Stoll, 213; *Arnold*, Bundesabgabenordnung und Gebührengesetz, FS Stoll (1990), 247; *Arnold*, Gebührensommer 1997 – Änderungen des Gebührengesetzes, SWK 1997, S 576; *Fellner*, Erhöhte Gebühr bei Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofbeschwerden, RdW 1997, 517; *Bruckner*, Zinsenabzug für das Eigenkapital und Abschaffung des Gebührengesetzes – Vorschläge der Wirtschaftstreuhänder zur Steuerreform 2000, ÖStZ 1998, 599; *Thunshirn*, Neuerungen im Gebührenrecht, RdW 1999, 549; *Kastner*, Neuerungen im Gebührengesetz verfassungswidrig? ÖStZ 2000, 70; *Lang*, Elektronisch signierte E-Mails und Gebührenschild, SWK 2000, S 441; *Fiala*, Wichtige Änderungen im Gebührengesetz, SWK 2001, S 817; *Arnold*, Die Änderung im Gebührengesetz durch das AbgÄG 2001, ÖStZ 2002, 2; *Wagner*, „Highlights“: Gebühren- und Verkehrsteuerprotokoll 2005, FJ 2007, 318; *Waitz-Ramsauer*, Die „Highlights“ der Gebührenrichtlinien, SWK 2007, S 372; *Arnold*, Umsatzsteuer und Gebühren (GebG und GGG), SWK 2007, S 417; *Kotschnigg*, Hinweg mit den Rechtsgebühren! SWK 2007, S 678; *Urtz*, Gebührenpflicht bei Fax und Email? Ges

2007, 207; *Glegl/Toifl*, Aktuelle Entwicklungen im Gebührenrecht, RdW 2007, 640; *Endfellner/Kuster*, Bemerkenswerte Bestimmungen des Gebührengesetzes 1957, *ecolex* 2009, 578; *Fellner*, Geschäftsfähigkeit und Rückabwicklung einer Grundbucheintragung, SWK 2009, S 26; *Fellner*, Verjährung hinterzogener Abgaben, RdW 2009, 63; *Gaier*, Und immer wieder die Gebühren, SWK 2009, S 766; *Fellner*, Gebührenrechtlich maßgebliche Gesetzesbeschlüsse zum Jahresende 2009, SWK 2010, S 52; *Fellner*, Neuerungen im Gebührenrecht zum 1. 1. 2011, SWK 2011, S 69; *Gaier*, Die Erhöhung der festen Gebührensätze und der Wunsch nach der Abschaffung des Gebührengesetzes, SWK 2011, S 938; *Themel*, Highlights aus den Gebührenrichtlinien 2019, SWK 2019, 445.

Übersicht

I.	Zum Gebührengesetz 1957 und seinem zeitlichen Anwendungsbereich.....	1–7
II.	Wesen und Gegenstand der Stempel- und Rechtsgebühren	
	A. Begriff der Gebühr.....	8–17
	B. Gegenstand der Gebühr.....	18–28
	C. Verhältnis zu anderen Abgaben.....	29–33
	D. Verhältnis zum Zivilrecht.....	34–36
III.	Auslegung.....	37–42
IV.	Rechtliche und wirtschaftliche Betrachtungsweise; Missbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten.....	43–47
V.	Verjährung.....	48–57
VI.	Zuständigkeit.....	58–60
VII.	Erstattung, Rückzahlungsanspruch.....	61–71

I. Zum Gebührengesetz 1957 und seinem zeitlichen Anwendungsbereich

- 1 Das **Gebührengesetz 1957** stellt eine Wiederverlautbarung des Gebührengesetzes 1946 dar. Dieses und damit auch das geltende Gebührengesetz gehen auf das provisorische Gebührengesetz 1850 und den zugehörigen Gebührentarif zurück, welcher allein (nicht aber der Text des Gesetzes) als „Allgemeiner Gebührentarif 1925“, BGBl 1925/208, neu verlaubar wurde (vgl VwGH vom 17. September 1979, 1563/79).

Der **Allgemeine Gebührentarif 1925** umfasste auch eine „Immobiliengebühr“ und „Erbgebühren“. Diese beiden damaligen Abgaben entsprechen der heutigen Grunderwerbsteuer und Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht einmal nach dem Besteuerungsgegenstand; dieser war ihnen höchstens ähnlich.

Das Gebührengesetz 1850 wurde anlässlich der Besetzung Österreichs im Jahre 1938 durch verschiedene Gesetze ersetzt (vgl VwGH vom 11. Juni 1987, 86/16/0096).

Ab 1. April 1939 galt auf dem Gebiet der Republik Österreich das deutsche **Urkundensteuergesetz**, welches mit 1. September 1941 aus kriegsbedingten Gründen nur außer Wirksamkeit gesetzt, aber nicht formell aufgehoben wurde. Von diesem Zeitpunkt an bis einschließlich 12. Oktober 1946 gab es in Österreich kein Gebührengesetz. Das Gebührengesetz 1946 trat mit 13. Oktober 1946, in Kraft. Das Gesetz war also auf dem alten österreichischen Gebührengesetz aufgebaut, daneben wurden auch brauchbare Bestimmungen des deutschen Urkundensteuergesetzes verarbeitet. Es sollten damit nur die Gebühren im engeren Sinne geregelt werden und daneben die Verkehrssteuern (Kapitalverkehrsteuer, Erbschaftssteuer, Grunderwerbsteuer, Versicherungssteuer) weiter eingehoben werden (EB zum GebG 1946, 110 Blg NR 5. GP).

Das Gebührengesetz 1957, BGBl 267, wurde mit Kundmachung der Bundesregierung vom 2. Dezember 1957 gemäß § 11 Wiederverlautbarungsgesetz, BGBl 1947/114, als Gebührengesetz 1957 verlaubar. Die Kundmachung erfolgte im Bundesgesetzblatt unter Nr 267 am 19. Dezember 1957, daher ist das **wiederverlaubarte** Gebührengesetz 1957 mit 20. Dezember 1957 in Wirksamkeit getreten. Es beinhaltet eine textliche Zusammenfassung der bis zum 2. Dezember 1957 ergangenen und im Art III der erwähnten Kundmachung über die Wiederverlautbarung auch mit dem jeweiligen Wirksamkeitsbeginn bezeichneten Novellen. 2

Die wiederverlaubarte Rechtsvorschrift erhält durch einen rechtmäßigen Wiederverlautbarungsakt ihre endgültige Fassung und es wird die frühere bedeutungslos (nur dort, wo der Akt der Wiederverlautbarung als gesetzwidrig aufgehoben wurde, kommt die verdrängte Fassung der Rechtsvorschrift zur Geltung); es liegt eine einzige, im Geltungsbereich nicht veränderte Vorschrift vor, die – weil sie nur mehr in der neuen Fassung in Erscheinung tritt – auch nur in dieser Fassung Gegenstand der Prüfung gemäß Art 140 B-VG sein kann (VfGH vom 1. März 1990, G 314/89, G 19, 20/90).

Seit der Wiederverlautbarung wurde das Gebührengesetz 1957 durch folgende Gesetze **3** und Kundmachungen **abgeändert**:

Durch § 264 Z 6 FinStrG, BGBl 1958/129, wurde § 34 Abs 3 GebG aufgehoben.

Durch § 34 des handelsstatistischen Gesetzes vom 26. Juni 1958, BGBl 137, wurde dem § 14 GebG mit Wirksamkeit ab 1. September 1958 eine TP 16 hinzugefügt.

Durch das BG vom 18. Mai 1960 über das Glückspielwesen, Glückspielgesetz 1960, BGBl 111, wurde § 33 TP 17 mit Wirksamkeit ab 22. Juni 1960 abgeändert.

Durch die GebG-Novelle 1962, BGBl 106, wurden mit Wirksamkeit vom 28. April 1962 ua die seither wieder aufgelassenen Tarifposten 17 und 18 des § 14 GebG eingeführt.

Mit Art I Z 6 der Außenhandelsgesetz-Novelle 1962, BGBl 198, wurde § 14 TP 15 GebG mit Wirksamkeit ab 21. Juli 1962 abgeändert.

Durch die GebG-Novelle 1963, BGBl 115, wirksam ab 2. Juni 1963, wurden mehrere Vorschriften, darunter § 9 GebG neu gefasst sowie die festen Gebühren erhöht.

Durch die GebG-Novelle 1965, BGBl 87, wurden die festen Gebühren erhöht.

Die Kundmachung des Bundeskanzlers vom 2. Mai 1966, BGBl 63, bezog sich auf die teilweise Aufhebung des § 33 TP 1 GebG.

Durch Art II des Abgabenänderungsgesetzes 1968, BGBl 44, wirksam ab 1. Februar 1968, wurde ua § 33 TP 1 GebG neugefasst.

Durch § 58 des Vermessungsgesetzes 1968, BGBl 306, wirksam ab 1. Jänner 1969, wurden aus dem Gebührengesetz aufgehoben:

- a) aus § 11 die Z 7
- b) aus § 13 Abs 1 die Z 5
- c) aus § 14 die Tarifposten 17 und 18.

Durch das Außenhandelsgesetz 1968, BGBl 314, wirksam ab 1. Jänner 1969, wurde die TP 15 des § 14 GebG neugefasst.

Art II Abs 1 Z 6 des Einführungsgesetzes zum UStG 1972, BGBl 224, setzte § 14 TP 8 und § 37 GebG außer Kraft (ab 1. Jänner 1973).

Durch die Außenhandelsgesetznovelle 1974, BGBl 401, wurde § 14 TP 15 GebG neuerlich abgeändert.

Die Novelle BGBl 1976/668 brachte zahlreiche Änderungen des GebG, so eine Erhöhung der festen Gebühren, die originäre Gebührenpflicht für Korrespondenzverträge sowie die Gebührenpflicht für Kreditverträge.

Mit der Kundmachung des Bundeskanzlers vom 16. Juni 1980, BGBl 266, wurde das Erkenntnis des VfGH vom 8. Mai 1980, G 1, 2, 16-25/80, betreffend die Aufhebung der Abs 1 des § 33 TP 8 und des § 33 TP 19 GebG veröffentlicht.

Durch das Abgabenänderungsgesetz 1980, BGBl 563, wurden die festen Gebührensätze mit Wirksamkeit für jene Tatbestände, für die die Gebührenschild nach dem 31. Dezember 1980 entstand, erhöht.

Durch die GebG-Novelle 1981, BGBl 48, wurden die Bestimmungen über die Gebührenpflicht von Darlehens- und Kreditverträgen, über die Entstehung der Gebührenschild bei Errichtung von Urkunden im Ausland sowie – in Befolgung insbesondere von Anregungen der Steuerreformkommission – verschiedene weitere Vorschriften geändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl 1982/207 wurde in § 14 TP 14 Abs 2 GebG die Z 21 eingefügt.

Durch das Abgabenänderungsgesetz 1982, BGBl 570, wurden in § 33 TP 5 Abs 4 GebG die Z 4 sowie in § 35 GebG Abs 3 eingefügt.

Durch die Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1983, BGBl 170, wurden die Bestimmungen des § 14 TP 2 GebG mit Wirksamkeit ab 1. September 1983 geändert.

Durch das Bundesgesetz vom 29. November 1983, BGBl 587, wurden die festen Gebührensätze hinsichtlich jener Tatbestände, für die die Gebührenschild nach dem 31. Dezember 1983, entstanden ist, erhöht.

Mit dem Bundesgesetz vom 7. März 1984, BGBl 127, wurden mit Wirksamkeit vom 24. März 1984 Bestimmungen über die Umschuldung von Darlehens- und Kreditverträgen eingeführt.

Durch das Abgabenänderungsgesetz 1984, BGBl 531, wurden mit Wirksamkeit vom 22. Dezember 1984 verschiedene Bestimmungen insbesondere im Bereich der Stempelgebühren geändert.

Durch das Abgabenänderungsgesetz 1985, BGBl 557, wurde § 14 TP 2 und TP 6 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1986 geändert.

Durch das Bundesgesetz vom 16. Mai 1986, BGBl 292 wurde § 33 TP 17 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1986 geändert.

Durch das Erkenntnis des VwGH vom 29. Juni 1985, G 42/85, G 109111/85, kundgemacht unter BGBl 1985/315, wurde der zweite Satz des § 9 Abs 2 GebG mit Wirksamkeit vom 31. Juli 1985 aufgehoben. Durch das Erkenntnis des VfGH vom 9. Okto-

ber 1985, G 146-149/85, kundgemacht unter BGBl 1985/491, wurde der erste Satz des § 9 Abs 2 GebG mit Wirksamkeit vom 28. November 1985 aufgehoben. Durch das Erkenntnis des VfGH vom 8. März 1986, G 8-11/86, kundgemacht unter BGBl 1986/290, wurde § 9 Abs 1 GebG mit Wirksamkeit vom 1. März 1987 aufgehoben. Mit dem 1. Abgabänderungsgesetz 1987, BGBl 80, wurde § 9 GebG mit Wirksamkeit vom 13. März 1987 geändert.

Durch Abschnitt VII des 2. Abgabänderungsgesetzes 1987, BGBl 312, wurden § 14 TP 14, TP 16, § 16 und § 33 TP 19 mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1988 geändert.

Durch Abschnitt VII des 3. Abgabänderungsgesetzes 1987, BGBl 606, wurde mit Wirksamkeit vom 23. Dezember 1987 in § 14 TP 6 Abs 5 GebG die Z 17 eingefügt.

Durch das Bundesgesetz BGBl 1987/663 wurde § 14 TP 14 Abs 2 Z 19 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1988 geändert.

Durch die Gebührengesetz-Novelle 1988, BGBl 407, wurden § 14 TP 6 Abs 5 Z 18 und § 33 TP 19 Abs 4 Z 9 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1988 eingefügt, sowie Änderungen im § 20 Z 5, § 33 TP 16, TP 17, TP 20 und TP 22 mit Wirksamkeit vom 1. August 1988 vorgenommen.

Durch Abschnitt VI des Abgabänderungsgesetzes 1989, BGBl 660, wurden § 14 TP 5 und § 33 TP 21 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1990 geändert.

Mit dem Bundesgesetz vom 13. Dezember 1989, BGBl 661, wurde § 33 TP 17 GebG im Wesentlichen mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1990 geändert.

Mit Abschnitt XI des Bundesgesetzes vom 17. Mai 1990, BGBl 281, wurden § 20 Z 5 und § 33 TP 21 Abs 3 Z 2 GebG mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1990 abgeändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl 1992/469 wurde § 14 TP 15 GebG geändert.

Mit dem Erkenntnis des VfGH vom 13. Oktober 1992, G 10/92-6, kundgemacht unter BGBl 1992/780, ausgegeben am 9. Dezember 1992, wurden einige Worte im § 15 Abs 2 GebG aufgehoben.

Durch Art IV des Bundesgesetzes BGBl 1993/109 wurde die Z 7 des § 14 TP 6 Abs 2 GebG angefügt.

Durch Art XIV Steuerreformgesetz 1993, BGBl 818, wurden § 16 und die Tarifposten 8, 16, 17, 19, 20, 21 und 22 des § 33 GebG geändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl 1993/965 wurden § 28 sowie § 33 TP 17 und 19 GebG geändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl 1994/212 wurde § 14 TP 6 Abs 2 Z 5 GebG geändert.

Durch Art IV des Bundesgesetzes BGBl 1994/629 wurden § 14 TP 12 und 16 sowie § 33 TP 10, 15 und 16 GebG aufgehoben. Weiters wurde § 33 TP 21 GebG insoweit geändert, als die Gebührenpflicht der Abtretung von GmbH-Anteilen aufgehoben wurde.

Durch Art II des Bundesgesetzes BGBl 1995/172 wurde § 14 TP 6 Abs 5 GebG ergänzt und § 14 TP 15 GebG aufgehoben.

Durch Art IV AbgÄG 1996, BGBl 797, wurden §§ 14 TP 6, 16, 31, 33 TP 17 und 21 GebG geändert.

Durch Art II BG BGBl I 1997/69 wurden § 14 TP 6 Abs 5 Z 21 angefügt und § 33 TP 17 Abs 1 Z 8 GebG geändert.

Durch Art III BG BGBl I 1997/88 wurden § 14 TP 6 Abs 5 Z 1 und § 37 GebG geändert.

Durch Art IV BG BGBl I 1997/103 wurden § 14 TP 13 Abs 3 geändert und § 14 TP 6 Abs 5 Z 22, § 14 TP 14 Abs 2 Z 22 sowie § 14 TP 15 mit Wirksamkeit vom 1. März 1998 angefügt.

Durch Art 10 des 2. Budgetbegleitgesetzes 1997, BGBl I 130, wurden die festen Gebührensätze mit Wirksamkeit vom 1. Dezember 1997 erhöht.

Außerdem wurden durch das 2. Budgetbegleitgesetz 1997 die §§ 2, 4, 5, § 14 TP 1, 6, 11, 14, sowie § 37 GebG geändert.

Durch Art VII Abgabenänderungsgesetz 1998, BGBl I 1999/28, wurden die §§ 3, 6, 11, 14, 20, 25, 31, 33, 35 und 37 GebG geändert.

Durch das BG BGBl I 1999/92 wurden die §§ 3, 9, 14 TP 6, 14 TP 9, 25 und 37 geändert und § 14 TP 8 und § 14 TP 16 eingefügt.

Durch Art IV Steuerreformgesetz 2000, BGBl I 1999/106, wurden die §§ 14 TP 14, 16, 33 TP 5, 33 TP 21 und 37 GebG geändert.

Durch Art 16 Budgetbegleitgesetz 2000, BGBl I 26, wurden § 14 TP 8, 9 und 16, § 33 TP 8 und § 37 GebG geändert.

Durch Art III des Bundesgesetzes BGBl I 2000/29 wurden die §§ 14 TP 6 und 14, 16, 33 TP 8, 19 und 21 sowie 37 GebG geändert.

Durch Art 14 Budgetbegleitgesetz 2001, BGBl I 2000/142, wurde § 14 TP 6 und TP 14 GebG geändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl I 2001/44 wurde § 14 TP 9 GebG geändert.

Durch Art VI Abgabenänderungsgesetz 2001, BGBl I 2001/144, wurden iZm der Abschaffung der Stempelmarken zahlreiche Bestimmungen des GebG geändert und das Gesetz auf Euro-Beträge umgestellt.

Durch Art III Abgabenänderungsgesetz 2002, BGBl I 2002/84, wurden die §§ 3, 13, 14 TP 1, TP 4, TP 13, TP 14 sowie § 25 GebG geändert.

Durch Art 4 des Bundesgesetzes BGBl I 2004/10, wurden die §§ 10 und 37 GebG geändert.

Durch das Bundesgesetz BGBl I 2004/72 wurden die § 14 TP 6, TP 8, TP 9 und TP 14 und § 37 GebG geändert.

Durch Art VII Abgabenänderungsgesetz 2004, BGBl I 2004/180, wurden § 14 TP 8 GebG mit Wirksamkeit vom 1. März 2005 sowie § 33 TP 21 und § 37 GebG geändert.

Mit Art 11 Fremdenrechtspaket 2005, BGBl I 2005/100, wurden § 14 TP 8 und § 37 GebG geändert.

Mit Art III Ausspielungsbesteuerungsänderungsgesetz, BGBl I 2005/105, wurden § 28, § 33 TP 17 und § 37 GebG geändert.

Mit Art 7 des Bundesgesetzes BGBl I 2005/112, wurden die §§ 35 und 37 GebG geändert.

Mit Art 3 Staatsbürgerschaftsrechts-Novelle 2005, BGBl I 2006/37, wurden § 14 TP 2 und § 37 GebG geändert.

Mit Art 2 des Bundesgesetzes BGBl I 2006/44 wurden § 14 TP 9 und § 37 GebG geändert.

Mit dem Erkenntnis des VfGH vom 20. Juni 2006, G 1/06, kundgemacht unter BGBl I 2006/121, wurden zwei Wortfolgen im § 22 GebG aufgehoben.

Durch Art 8 des Budgetbegleitgesetzes 2007, BGBl I 2007/24, wurden § 14 TP 8, § 33 TP 5 und § 37 GebG geändert und § 14a GebG eingefügt.

Durch Art 1 Bundesgesetz BGBl I 2007/105 wurde § 35 Abs 6 GebG angefügt.

Mit dem Bundesgesetz BGBl I 2009/6 wurde § 14 TP 9 GebG geändert.

Mit dem Erkenntnis des VfGH 26. Februar 2009, G 158/08, kundgemacht unter BGBl I 2009/34, wurde § 25 GebG als verfassungswidrig aufgehoben.

Durch Art 38 Budgetbegleitgesetz 2009, BGBl I 2009/52, wurde eine Vielzahl von Bestimmungen des GebG geändert.

Mit Art 2 des Bundesgesetzes BGBl I 2009/79 wurden § 14 TP 8, § 35 und § 37 GebG geändert.

Mit Art 7 Familienrechts-Änderungsgesetz 2009, BGBl I 2009/75, wurden § 33 TP 11 und § 37 GebG geändert.

Mit Art 3 Fremdenrechtsänderungsgesetz 2009, BGBl I 2009/122, wurden § 14 TP 4, TP 5, TP 6, TP 7, TP 8 und TP 14 GebG geändert.

Mit Art 31 BG BGBl I 2009/135 wurden § 14 TP 4 und TP 14 sowie § 33 TP 11 GebG geändert.

Mit Art 4 BG BGBl I 2010/9 wurde § 14 TP 15 GebG geändert.

Mit Art 7 AbgÄG 2010, BGBl I 2010/34, wurden §§ 11, 14 TP 1, TP 6 und TP 10 sowie § 37 GebG geändert.

Mit Art 3 GSpG-Novelle 2008, BGBl I 2010/54, wurden §§ 9, 16, 28, 31, 33 TP 17 sowie § 37 GebG geändert.

Durch die Verordnung über die Valorisierung der festen Gebührensätze des § 14 Gebührengesetz (GebG-ValV 2007), BGBl II 2007/128, wurden die festen Gebührensätze mit Wirkung vom 1. Juli 2007 erhöht.

Mit Art 64 BBG 2011 BGBl I 2010/111, wurden die §§ 3, 14 TP 15, 16, 19, 20, 31, 33 TP 5, 33 TP 8, 33 TP 19, 33 TP 21, 33 TP 22, 34, 35 und 37 GebG geändert.

Durch die Verordnung über die Valorisierung der festen Gebührensätze des § 14 GebG (GebG-ValV 2011), BGBl II 2011/191, wurden die festen Gebührensätze mit Wirkung vom 1. Juli 2011 erhöht.

Durch Art 5 AbgÄG 2011, BGBl I 2011/76, wurden § 14 TP 8, § 28, § 35 und § 37 GebG geändert.

Durch Art 7 des Bundesgesetzes BGBl I 2012/17, wurde § 14 TP 6 GebG geändert.

Durch Art 6 Abgabenänderungsgesetz 2012, BGBl I 2012/112, wurden § 14 TP 11, 17 und 18 GebG eingefügt und § 33 TP 5 und § 33 TP 21 GebG geändert.

Mit Erkenntnis des VfGH vom 11. Dezember 2012, G 32/12, kundgemacht unter BGBl I 2013/28, wurde der letzte Satz des § 35 Abs 6 GebG 1957 als verfassungswidrig aufgehoben.

Durch Art 15 Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Finanzen, BGBl I 2013/70, wurden § 14 TP 6 und TP 10 GebG geändert.

Durch Art 6 AbgÄG 2014, BGBl I 2014/13, wurde § 14 TP 2 und TP 8 geändert.

Durch Art 5 2. AbgÄG 2014, BGBl I 2014/105, wurden §§ 14 TP 6 und 8, 33 TP 21 und 37 GebG geändert.

Mit Art 6 des Bundesgesetzes BGBl I 2015/17 wurden §§ 35 und 37 GebG geändert.

Mit Art 3 des Bundesgesetzes BGBl I 2015/105 wurde § 33 TP 20 Z 5 GebG eingefügt.

Mit Art 4 AbgÄG 2015, BGBl I 2015/163, wurden § 11, § 14a und § 37 GebG geändert (Gebührenermäßigung für Eingaben und Beilagen, die auf elektronischem Weg unter Inanspruchnahme der Funktion Bürgerkarte eingebracht werden).

Mit BGBl I 2017/147 wurde § 33 TP 5 GebG geändert (Befreiung für Verträge über die Miete von Wohnräumen).

Durch die GebG-ValV 2018, BGBl II 2018/140, erfolgte mit 1. Juli 2018 eine Valorisierung der festen Gebührensätze für das Ansuchen und den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Mit Art 5 JStG 2018, BGBl I 2018/62, wurden §§ 14 TP 4, TP 6, TP 8, 33 TP 7, 35 und 37 GebG geändert (Befreiung für Bürgschaftserklärungen zu gemäß § 33 Tarifpost 5 Abs 4 Z 1 GebG befreiten Mietverträgen; Erhöhung der festen Gebührensätze für das Ansuchen um Erteilung oder Neuausstellung eines Aufenthaltstitels, für die Einbringung eines Antrages auf Erteilung eines Einreisetitels als Aufenthaltsvisum sowie die Erteilung, die Ausfolgung und die Neuausstellung eines Aufenthaltstitels von Amts wegen ua).

Mit Art 5 StRefG 2020, BGBl I 2019/103, wurden §§ 3, 11, 14 TP 5, TP 6 und 37 GebG geändert (Behebung von Redaktionsversehen). Zudem wurde der Titel erstmalig geändert, indem der Punkt nach „Gebührengesetz 1957“ entfernt wurde und das Gesetz eine offizielle Abkürzung („GebG“) erhielt.

Mit Art 40 FORG, BGBl I 2019/104, wurden §§ 3, 9, 32, 14 TP 14, TP 15, 31, 33 TP 5, 34 und 37 GebG geändert (Umsetzung der Organisationsreform der Bundesfinanzverwaltung).

Mit Art 11 2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 2020/16, wurden §§ 35 und 37 GebG geändert (Befreiung für Schriften und Amtshandlungen, die mittelbar oder unmittelbar aufgrund der erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krisensituation erfolgen).

Mit Art 12 3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 2020/23, wurden §§ 35 und 37 GebG neuerlich geändert und die Befreiungsbestimmung in § 35 Abs 8 GebG auf Rechtsgeschäfte,

die zur Durchführung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krisensituation notwendig sind, erweitert.

Mit Art 12 2. FORG, BGBl I 2020/99, wurden §§ 14 TP 6 und 37 GebG geändert (Klarstellungen im Zuge der Neuorganisation der Bundesfinanzverwaltung und Verschiebung des Inkrafttretens auf 1. Jänner 2021).

Mit Art 4 COVID-19-StMG, BGBl I 2021/3, wurden §§ 3, 11, 14 TP 6, TP 8, TP 14, 35 und 37 GebG geändert (Schaffung einer erhöhten Eingabengebühr für Ansuchen um Erteilung oder Neuausstellung eines Aufenthaltstitels „Artikel 50 EUV“; Gebührenbefreiung für Veranstaltungen, die wegen der COVID-19-Krisensituation nicht stattfinden; Verlängerung der COVID-19-Befreiungsbestimmung bis 31. März 2021; Behebung eines Redaktionsversehens).

Mit Art 2 2. COVID-19-StMG, BGBl I 2021/52, wurden §§ 35 und 37 GebG geändert und die zur Bewältigung der COVID-19-Krise befristet eingeführten steuerlichen Maßnahmen bis 30. Juni 2021 verlängert.

Mit Art 2 Passgesetz-Novelle 2021, BGBl I 2021/123, wurden die §§ 14 TP 9 und 37 GebG geändert und die für die Ausstellung von Reisedokumenten den Gebietskörperschaften zustehenden Pauschalbeträge erhöht.

Mit Art 4 des Bundesgesetzes BGBl I 2021/227 wurden im Wesentlichen die COVID-19-Gebührenbefreiungen von 30. Juni 2021 bis 30. Juni 2022 rückwirkend verlängert.

Mit Art 6 des AbgÄG 2022, BGBl I 2022/108, wurden umfassende Pauschalierungen (zB betreffend Beilagen, die auf elektronischem Wege übermittelt werden) umgesetzt und neue Tarifposten in § 14 geschaffen. Im Bereich der Rechtsgeschäftsgebühren wurde für Bestandnehmer die Befugnis zur Selbstberechnung der Gebühren geschaffen. Zudem wurden die COVID-19-Gebührenbefreiungen bis 31. Dezember 2022 verlängert.

Die **Gebührenrichtlinien** (GeBR), BMF vom 22. Februar 2007, 01-0206/0201-VI/5/2006, veröffentlicht auf der Homepage des BMF (Startseite www.bmf.gv.at), AÖFV 2007/121, stellten bis 11. Februar 2019 einen Auslegungsbehelf zum Gebührengesetz dar. Mit 12. Februar 2019 wurden die GeBR durch die Gebührenrichtlinien 2019 (GeBR 2019), BMF vom 12. Februar 2019, 010206/0094-IV/9/2018, BMF-AV Nr 22/2019 ersetzt.

Im Abgabenrecht gilt der Grundsatz der **Zeitbezogenheit** der Abgaben (vgl VwGH **4** vom 28. März 1996, 95/16/0269, vom 20. September 1996, 93/17/0261, vom 27. Jänner 1999, 98/16/0228, vom 16. Dezember 2003, 2000/15/0101, und vom 25. Juni 2009 2009/16/0009), sodass die im Zeitpunkt der Entstehung des Abgabenanspruches geltende Rechtslage heranzuziehen ist (VwGH vom 20. September 1996, 93/17/0261, vom 15. März 2001, 2000/16/0652, und vom 21. März 2002, 2001/16/0555, 0556).

Der so genannte Grundsatz der Zeitbezogenheit der Abgaben stellt eine aus der Systematik der Abgabengesetze gewonnene rechtliche Regel dar (VwGH vom 20. September 1996, 93/17/0261). Durch die Anknüpfung an die Rechtslage, welche im Zeitpunkt der Verwirklichung des Abgabentatbestandes herrschte, wird erreicht, dass alle steuerrechtlich bedeutsamen Ereignisse, Gegebenheiten und Verhältnisse, wie sie zu einem bestimmten Stichtag oder in einem bestimmten Zeitraum bestanden haben, nach glei-

chen rechtlichen Maßstäben erfasst und besteuert werden (VwGH vom 22. November 1999, 98/17/0351, und vom 19. März 2001, 2000/17/0194-0197).

Enthalten materiell-rechtliche Steuergesetze keine besondere Anordnung über den **Zeitpunkt** ihrer Wirksamkeit, ist bei Erlassung von Steuerbescheiden grundsätzlich jene Rechtslage maßgebend, unter deren zeitlicher Geltung der Abgabentatbestand verwirklicht wurde (vgl VwGH vom 8. April 1991, 89/15/0111, vom 19. September 1995, 95/14/0038, vom 20. September 1996, 93/17/0261, vom 5. Juli 1999, 96/16/0165-0168).

Nach dem Grundsatz der Zeitbezogenheit der Abgaben sind also die materiell-rechtlichen Bestimmungen anzuwenden, die im Zeitpunkt der Entstehung des Abgabeanpruchs in Kraft gestanden sind (VwGH vom 16. Dezember 2003, 2000/15/0101).

- 5 Auf dem Gebiet des Steuerrechts stehen generell abstrakte Normen mit einem auf die Vergangenheit beschränkten zeitlichen Anwendungsbereich hinsichtlich der in diesem zeitlichen Bereich gesetzten Sachverhalte weiterhin in Geltung, es sei denn, der Gesetzgeber ordnet anderes an (vgl VfGH vom 5. Dezember 1997, G 23-26/97; VwGH vom 27. April 2000, 96/15/0195).

Der Inhalt der Abgabenschuld ergibt sich nach der im Entstehungszeitpunkt der Schuld bestehenden Rechtslage, sofern nichts anderes, etwa in einer Übergangsvorschrift, bestimmt wird (vgl VwGH vom 23. Mai 1990, 90/17/0126, und vom 18. Dezember 1992, 88/17/0117).

Die **materiellrechtliche** Beurteilung abgabenrechtlich relevanter Sachverhalte richtet sich, soweit der Gesetzgeber nicht anderes bestimmt, nach dem zur Zeit der Verwirklichung dieses Sachverhaltes geltenden Recht. Änderungen der materiellen Rechtslage kommt daher grundsätzlich rückwirkende Kraft nicht zu (VwGH vom 30. Juni 1992, 92/14/0017).

Bei Bestimmungen des **Verfahrensrechtes** kommt es nicht auf die Verhältnisse im Zeitpunkt der Entstehung des Abgabeanpruches, sondern auf die im Zeitpunkt von dessen Durchsetzung gegebenen Verhältnisse an. Bei Änderung verfahrensgesetzlicher Rechtsvorschriften ist im Allgemeinen das neue Recht ab dem Zeitpunkt seines In-Kraft-Tretens anzuwenden, und zwar auch auf solche Rechts Vorgänge, die sich vor In-Kraft-Treten des neuen Verfahrensrechtes ereignet haben (VwGH vom 16. Dezember 2004, 2004/16/0146).

Ein Erkenntnis des VwGH, in dem ein Gebührenausspruch nur in der Kostenentscheidung getroffen wurde (VwGH vom 23. April 2009, 2007/01/0260, 0261), kann einer früheren Rechtsprechung nicht derogieren (VwGH vom 21. November 2013, 2011/16/0050).

- 6 Die Wirkung einer Gesetzesänderung vermag Sachverhalte, die vor dem In-Kraft-Treten eines neuen Gesetzes verwirklicht worden sind, nicht zu ergreifen, es sei denn, der Gesetzgeber ordnet die (retroaktive) **Rückwirkung** auf in der Vergangenheit liegende Fälle ausdrücklich an (vgl VwGH vom 22. Mai 1978, 2740/77, und vom 23. September 1982, 15/1712, 1713, 1714/80).

Es steht dem Gesetzgeber grundsätzlich frei, die Rechtslage für die Zukunft anders und entgegen den Erwartungen der Normunterworfenen auch ungünstiger zu gestalten.